

51. bundesweites Treffen des ABSP in Goslar am 9.2.2013

Moderation: Gröditz

Protokoll: Halle (Saale) und Zeitz (Ergebnisprotokoll: Goslar)

Teilnehmer: 20 MitstreiterInnen aus Aschersleben, Brandenburg, Braunschweig, Dresden, Goslar, Göttingen, Gröditz, Halle (Saale), Hamburg, Hannover, Korbach, Magdeburg, Vienenburg, Waiblingen, Wernigerode und Zeitz.

Tagesordnung lt. Einladung:

1. Begrüßung, Formalia (Moderation, Protokoll, Tagesordnung, Genehmigung letztes Protokoll) und kurze Vorstellungsrunde
2. Bestätigung des Kokreises
3. Aktion im Mai (Forderungen, Aktionsformen)
4. Schleckerkampagne
5. Jahresplanung ABSP
6. Aktuelles

TOP 1 **Formalia**

Abstimmung zur Protokollerstellung per Mitschnitt (Vorschlag eines Ergebnisprotokolls)
(20 Ja, keine Enthaltung, keine Ablehnung)

Genehmigung letztes Protokoll (50. Treffen am 8.12.12 in Halle): Der Protokollentwurf wurde nach dem Treffen an alle Teilnehmer vom 8.12., die eine E-Mail-Adresse hinterlassen hatten, versendet. Außerdem wurde der Entwurf später am 18.1. per bundesweite Rundmail versendet. Keine inhaltlichen Änderungen, Hinweis der Mitstreiterin aus Brandenburg, dass sie fälschlich in der Aufzählung der Teilnehmer (ganz zu Beginn) für Potsdam vermerkt sei. Dies wird für das entgültige Protokoll korrigiert. **Abstimmung zum Protokoll: 16 Ja, 4 Enthaltungen, keine Ablehnung**

Zuständigkeit für die Abrechnung der Reisekosten:

Da beim 50. bundesweiten Treffen die Zuständigkeit für die Auszahlung der Reisekostenerstattung und die Abrechnung gegenüber der Stiftung Menschenwürde und Arbeitswelt nicht per Beschluss von Korbach an Halle (Saale) übergeben worden war, wird dies nun regulär beschlossen. Übergabe der Zuständigkeit von Korbach an Halle (Saale): **16 Ja, 2 Nein, 2 Enthaltungen.**

Das ABSP gibt sich eine **verbindliche Regelung zur Reisekostenerstattung:**

19 Ja, 1 Enthaltung

(Beschlossene Regelung:

http://www.die-soziale-bewegung.de/2013/02-09_Goslar/Regelung_Erstattung_Fahrkosten.pdf)

Kurze Vorstellungsrunde im Anschluss. Die 20 TeilnehmerInnen stellen sich jeweils mit Namen vor und teilen mit, woher sie kommen und in welcher Initiative/Organisation sie vor Ort aktiv sind. Der Mitstreiter von der Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) Sachsen-Anhalt (Magdeburg) stellt einen Vorschlag vor, dass das ABSP gemeinsam mit der RLS ein kämpferisches Tribunal organisieren könnte.

Dieser Vorschlag konnte bei dem Treffen nicht erschöpfend durchgesprochen werden. Die weitere Sondierung verblieb als Aufgabe für eine Kommunikation zwischen RLS und den Kokreis des ABSP. Ebenso wie der später ebenfalls vom Mitstreiter aus Magdeburg vorgelegte Vorschlag, dass der

Kokreis des ABSP prüfen sollte, ob eine Kommunikation mit Hilfe von Skype die Verständigung noch verbessern könnte. Finanzielle Unterstützung, damit wenigstens ein Rechner für den Aufbau einer solchen Struktur ausgebaut werden könnte, könne ausgelotet werden.

Die Mitstreiterin aus Großenhain berichtet während der Vorstellungsrunde, dass der Widerstand der Leute dort vor Ort, ein großes Bündnis unter Beteiligung unter anderem auch von ganz unpolitischen Bürgern, Vereinen, auch kirchlichen Organisationen und auch der Diakonie, die Einrichtung eines Sammelagers für Flüchtlinge verhindern konnte. Die Proteste konnten die Forderung durchsetzen, dass die Flüchtlinge in normale Wohnungen in verschiedenen Stadtteilen einziehen konnten. (siehe z. B. <<http://lap-rg.de/2012/07/erklarung-des-initiatorinnenkreises-riesaer-appell-demokratie-heist-hinsehen-und-gesicht-zeigen-riesa29-juni-2012/>>)

TOP 2 Bestätigung des Kokreises

Abstimmungsergebnisse über die künftige Kokreismitgliedschaft:

Bisherige Kokreismitglieder, die beim Treffen anwesend waren: Martina Dietze (Ja:Nein:Enthaltung - 20:0:0), Tommi Sander (20:0:0), Edgar Schu (20:0:0), Oliver Vetter (3:10:6), Michael Wengorz (20:0:0).

Kokreismitglieder, die beim Treffen nicht anwesend waren. Sie hatten jedoch vor dem Treffen bekundet, dass sie zwar nicht zum Treffen kommen können, aber weiter im Kokreis bleiben wollen: Wolfram Altekrüger (15:1:4), Thomas Elstner (16:0:4), Teimour Khosravi (20:0:0), Dieter Weider (15:0:5) und Helmut Woda (20:0:0).

Das Kokreismitglied Michael Maurer/Land Brandenburg/Jüterbog kandidierte nicht mehr für den Kokreis, befürwortete jedoch sehr, dass das bisherige Mitglied der Koordinierungsgruppe der Sozialen Bewegung Land Brandenburg/Brandenburg (Havel), Sabine Podewin, statt seiner in Zukunft im Kokreis des ABSP Mitglied wird.

Neu kandidiert haben folgende anwesende Mitstreiterinnen und Mitstreiter:

Hans-Wolfgang Levy/Vienenburg/Goslar (16:1:3), Sabine Podewin/Brandenburg (20:0:0), Robert Schmiedl/Göttingen (14:0:6, Robert wünschte für sich Mitgliedschaft „auf Probe“).

Weiterhin wurde Peter Moser/Zeititz für eine Mitgliedschaft im Kokreis-E-Mail-Verteiler vorgeschlagen, ohne offizielles Kokreis-Mitglied zu sein. Er nahm den Vorschlag an. Abstimmungsergebnis 19:0:1.

Der Kokreis besteht also nach diesem Treffen aus folgenden MitstreiterInnen:

Wolfram Altekrüger (Wittenberg), **Martina Dietze** (Großenhain/Dresden), **Thomas Elstner** (Gera), **Egbert Holle** (Hannover), **Teimour Khosravi** (Gießen), **Hans-Wolfgang Levy** (Vienenburg/Goslar), **Sabine Podewin** (Brandenburg/Havel), **Tommi Sander** (Aschersleben), **Robert Schmiedl** (Göttingen), **Edgar Schu** (Goslar), **Dieter Weider** (Magdeburg), **Michael Wengorz** (Halle/Saale) und **Helmut Woda** (Karlsruhe).

Letzte Anmerkung des Protokollanten: Egbert Holle (Hannover) teilte dem Kokreis nach dem Treffen mit, dass er seine Kokreismitgliedschaft niederlege.

TOP 3 Aktion im Mai (Forderungen/Aktionsformen)

Die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns nach der Bundestagswahl ist gar nicht unwahrscheinlich. Nun wird die Frage nach der Höhe immer entscheidender: 8,50 Euro/h liegen sogar unter dem aktuellen Hartz-IV-Niveau eines Erwerbstätigen, d.h. mit Vollzeitarbeit (38,5 h/Woche) zu 8,50 Euro/h muss man immer noch mit Hartz IV aufstocken, obwohl dieses Niveau selbst unter das reale Existenzminimum gedrückt ist.

Nach den gleichen Kriterien liegen die von der Partei Die Linke geforderten 10 Euro brutto (ohne Lohnsteuerbefreiung) unter dem von der Bewegung und von ihr selbst mit 500 statt 382 Euro

geforderten korrigierten Hartz-IV-Niveau eines Erwerbstätigen. Dieses beträgt nämlich 1181 Euro/Monat, während man mit den von der Linken geforderten 10 Euro/h brutto gerade einmal auf 1168 Euro/Monat kommt. Diese Verhältnisse sind auf der Seite <<http://www.mindestlohn-10-euro.de/2011/04/04/vergleich-hartz-iv-niveau-eines-alleinstehenden-erwerbstatigen-mindestlohn-niveau/>> für jeden nachprüfbar. Auf dem Treffen lagen für alle Teilnehmer Ausdrücke dieser Seite vor.

Der Kampf darum, dass kein Mensch mehr unter das Existenzminimum gedrückt werden darf, Erwerbstätige nicht und auch nicht Erwerbslose (also die Kampagne 500-10 (lohnsteuerfrei)), hat eine besondere Qualität. Wenn wir weiter konsequent diesen Druck aufbauen und Fortschritte bei der Erreichung dieses Ziels erreicht werden, irgendwann kein Mensch mehr unter das Existenzminimum gedrückt werden kann, dann hat man es mit einer deutlich veränderten Kampfsituation zu tun: Für die Durchsetzung weiterer Forderungen, wie z. B. Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden/Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich oder auch den politischen Streik werden dann viel bessere Ausgangsbedingungen vorliegen.

Diesen inhaltlichen Aussagen widersprach keine(r) der TeilnehmerInnen. Auch dass die Forderungen 500-10 (lohnsteuerfrei) aus diesen Erkenntnissen resultieren müssen, fand keinen Widerspruch.

Es fand jedoch eine Diskussion darüber statt, welche Aktionsformen die richtigen seien. Skeptische Beiträge zweifelten die Wirksamkeit von Infotischen und Unterschriftensammlungen auf der Straße an und mahnten an, dass auch andere Aktionsformen stattfinden müssten.

Mehrere MitstreiterInnen, welche schon Erfahrung mit dem Sammeln von Unterschriften gesammelt haben, teilten jedoch mit, dass sie sehr gute Erfahrungen mit dieser Aktionsform gemacht haben. Vor allem auch die Diskussionen mit den Leuten auf der Straße, die sich dabei oft ergeben, seien sehr wichtig. Oft verstanden die Leute dann für sie neue Zusammenhänge, änderten ihre Meinung und unterstützten dann unsere Kampagne mit ihrer Unterschrift.

Auch die verglichen mit anderen Kampagnen hohe Zahl von Unterschriften, die man bei der Arbeit in kurzer Zeit auf der Straße sammeln (z. B. 4 Personen 120 Stück in 2 Stunden), spreche für die Treffsicherheit der Kampagne.

Bei anderen Kampagnen, die ebenfalls notwendigerweise Forderungen aufstellen, welche über die Forderungen großer Verbände hinaus gehen, habe man bisher nicht so großen Zuspruch erlebt.

Ideen für weitere, neue und noch wirksamere Aktionsformen, welche die Forderungen und Begründungen der Kampagne 500-10 (lohnsteuerfrei) in die Öffentlichkeit tragen, wurden beim Treffen - abgesehen von der vom Magdeburger Mitstreiter ins Gespräch gebrachten Idee eines kämpferischen Tribunals (siehe unter TOP 1, Seiten 1,2) - leider nicht genannt. Sie sind aber immer sehr herzlich willkommen.

Abstimmung zur Bestätigung des Kampagnenschwerpunkts 500-10 und zum Aufruf zum Aktionsmonat Mai durch das ABSP an alle MitstreiterInnen: Einstimmig.

Bemerkungen:

1. Während der Diskussion über den Aktionsmonat Mai sprach ein Mitstreiter auch die Situation in Griechenland und die Verbindung des Schicksals deutscher Lohnabhängiger mit dem griechischer Lohnabhängiger an. Er sah für die systematische Verarmung einer Bevölkerung nach der anderen die Überschrift: „Heute Ihr, morgen wir!“

Anmerkung des Protokollanten: Dieser Zusammenhang wurde in der Rundmail des ABSP vom 12. November 2012 angesprochen:

ABSP: "14. November: Schluss mit dem deutschen Lohndumping!"

<http://www.die-soziale-bewegung.de/emails/Anschreiben_2012-11-12.pdf>

2. Angesprochen wurde die Frage nach der Stellung des ABSP zu den Gewerkschaften, Parteien und NGOs. In diesem Zusammenhang wurden Bündnisfragen zwar kurz angeschnitten, jedoch nicht

ausführlich diskutiert, weil die Vorbereitung des Aktionsmonats vorrangig für die Kampagnendurchführung war. Dennoch wurde darauf hingewiesen, dass die Gründung des „Bündnisses menschenwürdiges Existenzminimum“ offenbar eine Reaktion auf die immer weiter sich verbreitende Arbeit vieler Organisationen für die Bündnisplattform 500-10 gewesen sein könnte. Dieses neue Bündnis, auch unter Beteiligung des DGB, gebe zwar vor, dass ähnliche Forderungen aufgestellt würden wie durch die Bündnisplattform 500-10. Tatsächlich würden jedoch keine konkreten, in Zahlen gefassten Forderungen aufgestellt und z. B. der DGB, aber auch viele NGOs wie Wohlfahrts- und Sozialverbände, müssten nach wie vor mit ihren unveränderten, für das Existenzminimum nachweisbar unzureichenden Forderungen (z. B. DGB: 420 Euro Eckregelsatz) wahrgenommen werden. Der strategische Ansatz des ABSP sei also, mit gutem Beispiel voranzugehen, das Kapital in seinen Interessen anzugreifen, die nun einmal denen der Bevölkerung und denen der Gewerkschaften vollkommen entgegengesetzt sind, und so die Gewerkschaften, NGOs usw. weiterhin konsequent unter Druck zu setzen, um so den Druck für die Durchsetzung der notwendigen Forderungen weiter zu erhöhen.

TOP 4 Schleckerkampagne

Informationen zu dieser Kampagnenidee sind schon am 1. Februar per bundesweiter Rundmail versendet worden. Die erste Einladung zur Aktionskonferenz steht im Internet und lag auch den TeilnehmerInnen des Treffens in Goslar ausgedruckt zur Verfügung: <http://www.frank-jaeger.info/download/Aufruf%20Aktionskonferenz.pdf/at_download/file>

Den OrganisatorInnen der Konferenz vom 2. Februar wurde auch mitgeteilt, dass es in den Reihen des ABSP schon verschiedentlich positive Resonanz zu der Vorschlag gab.

Von der Konferenz in Wuppertal gab es leider am 9.2. noch kein offizielles Protokoll. Ein privater Bericht wurde aber per E-Mail dem ABSP-Treffen in Goslar zur Verfügung gestellt und lag ausgedruckt für alle Teilnehmer vor. Inhalt:

23 MitstreiterInnen unterschiedlichster Organisationen hatten sich am 2. Februar in Wuppertal getroffen und sich darauf geeinigt, die "Schleckerkampagnen"-Idee weiter auszuarbeiten, einen Aufruf zu erarbeiten, eine Website zur Verfügung zu stellen usw. und Kontakt zu ehemaligen MitarbeiterInnen von Schlecker aufzubauen. Ziel: Am Montag, 3. Juni 2013, in 12 bis 15 (oder mehr) Städten im Lande eine dezentrale Zahltagaktion unter dem gemeinsamen Motto auf die Beine zu stellen. Ein nächstes Treffen in Wuppertal sei für den 13. April geplant.

In der Diskussion in Goslar teilten verschiedene TeilnehmerInnen mit, dass es vor allem um die Wiederbelebung und Verbreitung der Aktion Zahltag gehe, mit „Schleckerkampagne“ lediglich eine zusätzliche Namensgebung vorliege.

Konsens war nach der Diskussion, dass das ABSP weiter die Informationen zu der Kampagnenidee verbreiten solle, dass Mitstreiter dazu aufgerufen werden sollten, sich an geplanten Aktivitäten bei sich vor Ort zu beteiligen. Die Einschätzung war, dass keine organisatorische Verantwortung übernommen werden solle, weil eine Konzentration auf die Kampagnenarbeit für 500-10 notwendig sei.

TOP 5 Jahresplanung

Wegen des fortgeschrittenen Zeitpunktes Vorschlag der Moderation, dass jeder an den Kokreis mailen solle, welche Themen bearbeitet werden sollten. Der Kokreis solle dann eine weitere Bearbeitung bewerkstelligen, damit später eine Konsensentwicklung durch das ABSP, also das bundesweite Treffen, möglich sei.

Diesem Vorschlag wurde nicht widersprochen.

TOP 6 Aktuelles

- E-Petition zu der Prozesskostenhilfe und Unterschriftensammlung (europaweit) gegen Wasserprivatisierung (siehe ABSP-Rundmail vom 11.2.2013).
- Gegen den Ankauf von Rüstung durch die Bundeswehr von den USA (Kampfdrohnen).
- In Hannover läuft eine Aktion für Schule ohne Militär. Die Bundeswehr wirbt intensiv in Kneipen und anderswo. Es gibt sehr gutes Infomaterial von der Deutschen Friedensgesellschaft / Vereinigte Kriegsdienstgegner (DFG-VK) für SchülerInnen. Passend zu dem Thema wird angeregt, dass die DFG-VK angefragt werden sollte, ob sie die Bündnisplattform 500-10 mit unterzeichnet. Denn es sei im Interesse ihrer Ziele, wenn der Zustand sich ändern würde, dass nur noch das Militär neben sehr wenigen weiteren Branchen wie Polizei usw. grundsätzlich Einkommen zahle, mit denen man einigermaßen über die Runden komme. Die Durchsetzung eines gesetzlichen Mindestlohns von 10 Euro (Lohnsteuerfrei) und von 500 Euro Eckregelsatz würde diesen Zustand der weit verbreiteten Existenzangst, die viele junge Leute auch oft zunächst freiwillig in die Arme der Armee treibe, grundlegend ändern.
- Zum Schluss wird der Entwurf einer kurzen Grußadresse des bundesweiten Treffens an den Verein KLARtext e.V. zum 20-jährigen Jubiläum des Vereins verlesen:
<www.die-soziale-bewegung.de/2013/02-09_Goslar/Grussadresse_KLARtext.pdf> Die TeilnehmerInnen befürworteten per Akklamation die Übergabe dieser Grußadresse.

Nächstes bundesweites Treffen im April in Jena oder Halle. Der Kokreis kümmert sich darum.

Anmerkung des Protokollanten: Nach dem Treffen ergab sich, dass das nächste Treffen in Erfurt statt finden wird, da in Jena kein Raum reserviert werden konnte, das Treffen aber für eine regionale Abwechslung ungefähr in dieser Region stattfinden sollte.